

Antrag auf Auszahlung des Altersvorsorgeguthabens

Beiblatt

Geringfügigkeit

Die Freizüigkeitsleistung beträgt weniger als ein Jahresbeitrag des Versicherten. (Art. 12 Abs. 3 BPVG)

Folgende Dokumente sind beizulegen:

- Familienregisterauszug (Zivilstandsamt)
 - Kopie des Reisepasses (Antragsteller/in sowie Ehepartner/in bzw. eingetragene/r Partner/in, inkl. Seite der Unterschrift)
 - geschiedene Antragsteller müssen das rechtskräftige Scheidungsurteil (inkl. allfälliger Beilagen) oder eine beglaubigte Kopie beilegen. Dasselbe gilt im Falle einer aufgelösten eingetragenen Partnerschaft.
-

Verlassen des Wirtschaftsraumes FL/CH

Endgültiges Verlassen des Wirtschaftsraums Liechtenstein – Schweiz, sofern die Ausreise **nicht** in ein Land des Europäischen Wirtschaftsraumes erfolgt.

Folgende Dokumente sind beizulegen:

- Familienregisterauszug (Zivilstandsamt)
 - Kopie des Reisepasses (Antragsteller/in sowie Ehepartner/in bzw. eingetragene/r Partner/in, inkl. Seite der Unterschrift)
Ab einem Auszahlungsbetrag von 5'000.- ist die Unterschrift des Partners zu beglaubigen
 - Abmeldebestätigung von Wohnsitzgemeinde oder vom Ausländer- und Passamt bzw. Wohnsitzbestätigung im Ausreiseland
 - geschiedene Antragsteller müssen das rechtskräftige Scheidungsurteil (inkl. allfälliger Beilagen) oder eine beglaubigte Kopie beilegen. Dasselbe gilt im Falle einer aufgelösten eingetragenen Partnerschaft
-

Selbständigkeit (in der Regel nur wenn der Firmensitz in FL oder CH ist)

Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit in einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes und der Schweiz, wo der/die Antragsteller/in nicht weiterhin für die Risiken Alter, Tod und Invalidität obligatorisch in der Rentenversicherung versichert ist. (Art. 12 Abs. 4 BPVG)

Folgende Dokumente sind beizulegen:

- Familienregisterauszug (Zivilstandsamt)
 - Kopie des Reisepasses (Antragsteller/in sowie Ehepartner/in bzw. eingetragene/r Partner/in, inkl. Seite der Unterschrift)
Ab einem Auszahlungsbetrag von 5'000.- ist die Unterschrift des Partners zu beglaubigen
 - Nachweis der Selbständigkeit (z. B. Gewerbeschein, Handelsregisterauszug)
 - Bei Einzelfirma mit Sitz in FL/CH:
[Bestätigung des/der Antragstellers/in, dass er hauptberuflich die selbständige Erwerbstätigkeit ausübt](#)
Bestätigung der AHV (FL/CH) über die Erfassung als Selbständigerwerbender
 - Für juristische Personen (AG, GmbH, Anstalt, etc.) – nur in Liechtenstein möglich:
FMA-Bestätigung
 - Bei Aufnahme der Selbständigkeit, die mehr als ein Jahr zurückliegt, sind Rechnungen oder Offerten von Investitionen beizulegen, die belegen, dass die Auszahlung für den Erhalt des eigenen Betriebs im Sinne einer betrieblichen Investition und letztlich für die Existenzsicherung benötigt wird.
 - geschiedene Antragsteller müssen das rechtskräftige Scheidungsurteil (inkl. allfälliger Beilagen) oder eine beglaubigte Kopie beilegen. Dasselbe gilt im Falle einer aufgelösten eingetragenen Partnerschaft
 - bei Ausreise in ein Land des Europäischen Wirtschaftsraumes:
Bestätigung der zuständigen Behörde über Bestehen oder Nichtbestehen der Versicherungspflicht für die Risiken Alter, Tod und Invalidität in der obligatorischen Rentenversicherung. (s. Rückseite Absatz Zusatzformulare)
-

Erläuterungen

An Verheiratete bzw. in einer eingetragenen Partnerschaft lebende Anspruchsberechtigte ist die Barauszahlung nur zulässig, wenn der Ehegatte bzw. der eingetragene Partner schriftlich zustimmt (Art. 12 Abs. 5a BPVG).

Geringfügigkeit

Zur Berechnung des massgeblichen Jahresbeitrags werden nur die Arbeitnehmerbeiträge für Risiko- und Altersleistungen, welche während 12 Monaten geleistet wurden, herangezogen.

Bei einer unterjährigen Beschäftigungsdauer (weniger als 12 Monate), ist der mutmassliche Jahresbeitrag massgeblich (Monatsbeitrag* 12 Monate). Dieser auf einen Jahresbeitrag hochgerechnete Wert ist der Freizügigkeitsleistung gegenüberzustellen und muss grösser als die Freizügigkeitsleistung sein.

Sofern Verwaltungskosten vermerkt sind, sind diese vom Jahresbeitrag in Abzug zu bringen. Beispiel: Eine Vorsorgestiftung weist auf dem Vorsorgeausweis Verwaltungsgebühren in der Höhe von CHF 240.00 aus. Der Antragssteller hat demnach die Hälfte der Verwaltungsgebühren (der durch den Arbeitnehmer geleistete Anteil von CHF 120.00) vom jährlichen Risiko- und Sparbeitrag in Abzug zu bringen.

Die Auszahlung der Freizügigkeitsleistung kann nur erfolgen, wenn der so berechnete Jahresbeitrag des Versicherten grösser als der aktuelle Kontostand des Pensionskassenkontos ist.

Verlassen des Wirtschaftsraumes (FL/CH)

Die Ausreise muss aller Voraussicht nach endgültig sein; ein nur vorübergehender Auslandsaufenthalt (z.B. zu Studienzwecken) genügt nicht. Dafür wird auf die fremdenpolizeilichen Verhältnisse abgestellt.

Der Nachweis einer endgültigen Ausreise kann durch Bescheinigung über die Abmeldung bei der Wohngemeinde mit Angabe des Ausreisezieles bzw. durch Anmeldung bei ausländischen Behörden, Bestätigungen zu Stellenantritt im Ausland, Mietverträge für Wohnungen oder Kaufverträge für Wohnliegenschaften im Ausland erbracht werden.

Wenn der/die Antragsteller/in in ein Land des Europäischen Wirtschaftsraumes (EU-Staaten, Norwegen oder Island) ausreist, ist der Antrag auf Auszahlung direkt an die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) zu richten.

Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte deutsche Übersetzung erforderlich.

Selbständigkeit (in der Regel nur wenn der Firmensitz in FL oder CH ist)

Der die Barauszahlung verlangende Antragsteller/in muss belegen, dass er eine selbständige Erwerbstätigkeit (dazu gehört auch die Ausübung einer leitenden Funktion in einer AG, an deren Kapital er beteiligt ist und in welcher er Arbeitgeberfunktionen ausübt) aufnehmen wird. Bei der Errichtung einer Einzelfirma hat der Gesuchsteller zudem eine Bestätigung einzureichen, dass er hauptberuflich die selbständige Erwerbstätigkeit ausübt. Zusätzlich ist eine Bestätigung der AHV (FL/CH) über die Erfassung als Selbständigerwerbender einzureichen.

Grundsätzlich darf die Aufnahme der Selbständigkeit maximal ein Jahr zurückliegen. Damit soll die Investition dieses Kapitals in ein junges bzw. neu gegründetes Unternehmen ermöglicht werden. Bei Aufnahme der Selbständigkeit, die mehr als ein Jahr zurückliegt, sind zusätzliche Unterlagen beizubringen, die belegen, dass die Auszahlung für den Erhalt des eigenen Betriebs im Sinne einer betrieblichen Investition und letztlich für die Existenzsicherung benötigt wird.
